

An die
CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament
Herrn Dr. Caspary
info@cducsu.eu

Leander L. Hollweg
Diplom-Volkswirt
Am Klarpfuhl 20
GER- 12355 Berlin
Mobiltel.: +49-170-2355226
E-Mail:
L.Hollweg@tenman.eu

Berlin, 01. 12. 2020

Ihr Positionspapier „Zur Zukunft Europas“

Sehr geehrter Herr Dr. Caspary,

mit herzlichem Dank für die Übersendung Ihres Positionspapiers möchte ich Ihnen ein Feedback meiner Eindrücke dazu geben.

Zunächst einmal vorweg: Ich bin begeistert! Endlich bringen Sie mit Ihren Forderungen die nötige Bewegung in die europäische Sache!

Dennoch trauen Sie sich leider nicht, den Inhalt Ihrer Vorschläge bei dem Namen zu nennen, auf den Ihre Reformen de facto hinauslaufen: eine „Neue Verfassung für das Vereinigte Europa“. Daran ändern auch die Betonung und die geforderte Stärkung des Subsidiaritätsprinzips nichts.

Im Hinblick auf die „Konferenz zur Zukunft Europas“, der Sie Ihr Positionspapier zugedacht haben, greifen Sie damit mutig über die Beschränkungen hinaus, die der Europäische Rat dieser Konferenz thematisch auferlegt hat, denn über Verfassungsfragen soll dort meines Wissens nicht verhandelt werden. Vielleicht haben Sie deshalb einige sprachliche Pirouetten eingebaut, um nicht zu sehr deutlich werden zu lassen, wie weit Ihre Visionen den Rahmen der gültigen EU-Verträge übersteigen und auch die Verfassungsgrenzen der Mitgliedsstaaten berühren. Ihr Verweis auf „Aufgaben für einen neuen Konvent“ lässt die eigentliche politische Dimension dann aber schließlich doch erkennen.

Würden Ihre Vorstellungen verwirklicht, so erfüllten sich tatsächlich endlich jene unabdingbaren Voraussetzungen, die das deutsche Bundesverfassungsgericht an die europäische Staatsebene gestellt hat: eine innere Organisation, die den Grundzügen des demokratischen europäischen Staatsrechts mit einer klaren Gewaltenteilung, einer dem Parlament verantwortlichen Regierung und einer in allgemeinen und gleichen Wahlen legitimierten Legislative entspricht.

Maßgebend dafür ist aus deutscher Sicht das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 30. 06. 2009 zum Vertrag von Lissabon, mit dem ich mich sehr gründlich auseinandergesetzt habe. Teilweise habe ich für meine Meinungsbildung den bezahlten Rat eines erfahrenen deutschen Verfassungsjuristen eingeholt.

Aus deutscher Sicht werden Ihre zukunftsgerichteten Forderungen endlich erlauben, unter Beachtung dieses BVerfG-Urteils weitere Souveränitätsrechte an eine europäische Ebene zu übertragen. Das gilt z. B. für dauerhafte europäische Eigenmittel auf der Basis definierter Steueranteile (oder, wie von anderen gefordert, einer eigenen Steuerhoheit).

Gleichwohl gilt es dabei einen wesentlichen Aspekt zu beachten:

Kernelemente der nationalen Souveränität – dazu gehören laut BVerfG u. a. das Haushaltsrecht, die Unterstellung deutscher Streitkräfte unter eine supranationale Entscheidungsebene mit Mehrheitsbeschluss, die Sozialpolitik, die Strafverfolgung sowie die Kulturpolitik – unterstehen einem besonderen Schutz. Einige Ihrer Vorschläge berühren diesen Schutzbereich, so z. B. die Forderung nach einem Währungskommissar mit Durchgriff auf die nationalen Haushalte. Hinsichtlich des Aufbaus gemeinsamer europäischer Streitkräfte bleibt unklar, ob Sie an eine Streitmacht denken, die ähnlich wie Frontex direkt der europäischen Staatsmacht unterstellt ist. Die Eingliederung deutscher Teilstreitkräfte in eine europäische Kommandostruktur mit Mehrheitsbeschluss ist jedenfalls verfassungsrechtlich unzulässig.

Der vom Bundesverfassungsgericht festgestellte Schutzbereich nationaler Souveränität kann überschritten werden, dies aber nur durch eine Volksabstimmung nach Artikel 146 GG. Dieser zur Durchsetzung Ihrer Visionen absehbar durchzuführende Verfassungsauftrag steht vor dem Problem, dass es gegenwärtig kein Ausführungsgesetz für eine solche Abstimmung gibt. Ich habe daher in diesem Sommer dem Deutschen Bundestag eine Petition eingereicht, die den Gesetzgeber auffordert, ein solches Ausführungsgesetz zu erlassen. Leider hat der Petitionsausschuss die Annahme meiner Petition abgelehnt. Die Ablehnung wurde mit Argumenten begründet, aus denen mir deutlich wurde, dass die Entscheider den wesentlichen verfassungsrechtlichen Zusammenhang nicht verstanden hatten. Stattdessen wurde meine Petition mit den absurden Behauptungen rechtsradikaler Antragsteller, welche die Legitimation unseres Grundgesetzes in Zweifel ziehen, „in einen Topf geworden“. Nach meinem ausführlich begründeten Einspruch wurde mir zwar inzwischen die Überprüfung meines Anliegens zugesagt, doch dieser Vorgang könne „noch viele Jahre dauern“.

Ich bitte Sie daher, im Interesse der Verwirklichung Ihrer Zukunftsvorstellungen diese Petition und deren detaillierte Begründung zur Kenntnis zu nehmen und sodann Ihre parlamentarischen Fraktionskolleginnen und Kollegen im Deutschen Bundestag darauf hinzuweisen. Ausführliche Informationen zu dem Sachverhalt habe ich auf meiner persönlichen Internetseite hinterlegt:

<http://www.tenman.eu/Wirtschaft-Politik/Politik/Europa/> .

Wenn Sie wie ich zum Schluss kommen sollten, dass der Übergang zu einer weltorientierten, handlungsfähigen Europäischen Union perspektivisch in Deutschland nicht ohne eine Volksabstimmung durchgeführt werden kann, müssen Sie meiner Ansicht nach in der heimischen CDU/CSU Ihre Stimme noch wesentlich wahrnehmbarer als bisher erheben:

- Fordern Sie auf allen Ebenen der Partei perspektivische Diskussionen über die deutsche Europapolitik ein!
- Verlangen sie, dass Ihre Heimatparteien das Thema in koordinierten Kampagnen in die Öffentlichkeit tragen!
- Tragen Sie Sorge dafür, dass Ihre europapolitische Ausrichtung im kommenden Bundestagswahlkampf ausreichend zum Ausdruck kommt und somit eine erste demokratische Legitimationsgrundlage erhält!
- Entwickeln Sie eine mächtige europapolitische PR-Kampagne, die auch die Kritik an der EU in ihrer gegenwärtigen Form nicht unterschlägt!

- Suchen Sie den noch engeren Kontakt mit den europafreundlichen Bürgerbewegungen, insbesondere der Pulse-of-Europe-Bewegung!
- Nutzen Sie die Zukunftsmotivation der jungen Menschen in Europa für eine schwungvolle europäische Jugendbewegung in der Tradition des Hambacher Festes! Helfen Sie mit, dass es in naher Zukunft, sobald die Corona-Pandemie abgeklungen ist, im Norden, Osten, Süden und Westen Europas vier große europäische „Woodstock“-Events gibt, getragen von den zahlreichen europäischen Jugendverbänden, damit die Jugend Europas dort lautstark ihre europäische Zukunft einfordern kann. Die vier regionalen Events könnten dann in eine spätere große zentrale Veranstaltung in der Nähe von Straßburg einmünden.

Dass dies alles schwierig, mühsam und nur unter großen Widerständen zu verwirklichen sein wird, ist mir sehr bewusst. Im Wirtschaftsrat der CDU, in dem ich seit vielen Jahren aktiv bin, stellte ich z. B. jüngst die Forderung, dass der große jährliche Wirtschaftstag (damals noch als Präsenzveranstaltung konzipiert) sehr wohl mit dem traditionellen Absingen unserer deutschen Nationalhymne enden solle, aber daneben auch mit der „Europahymne“, d.h. Beethovens „Ode an die Freude“. Schon bei diesem vermeintlich harmlosen Vorschlag war zu erleben, wie bei Mitgliedern und Funktionären „das Unterste zu Oberst“ kam.

Abschließend möchte ich nur noch auf zwei einzelne Aspekte Ihres Papiers eingehen:

- Ich begrüße, dass Sie unter den europäischen Verfassungsorganen auch den EUGH in den Blick nehmen. Nicht nur seine Arbeitsweise, sondern auch sein Auftrag, seine Interpretationskompetenz in Abgrenzung zum Parlament und vor allem auch das Verfahren der Ernennung der Verfassungsrichter bedürfen meines Erachtens dringend einer Veränderung. Die bisherigen Regelungen lassen den demokratischen Abstand zu den mit Recht monierten Verfahren in Polen und Ungarn nicht ausreichend deutlich werden.
- Im Zusammenhang mit der Wissens- und Innovationspolitik verlangen Sie den „Ausbau der europäischen Weltraumpolitik“. Hier bleibt offen, in welche Richtung dieser Ausbau gehen könnte. Ausgehend von einer Wirtschaftsrat-Fachkommission für „Wachstum und Innovation“ habe ich mich mit einigen zukunftsweisenden energie- und sicherheitspolitischen Aspekten der Weltraumpolitik beschäftigt. Daraus ist inzwischen u. a. ein konkretes offizielles Forschungsinteresse des DLR-Institut für Raumfahrtantriebe am Raketenforschungsstand in Lampoldshausen erwachsen. Meine Recherchen hierzu sind ebenfalls auf meiner persönlichen Webseite in zwei längeren Aufsätzen niedergelegt:

<http://www.tenman.eu/Wirtschaft-Politik/Politik/Geostrategie/> und
<http://www.tenman.eu/Wirtschaft-Politik/Politik/Weltraum/>

Wenn diese Aufsätze Ihr Interesse finden, verspreche ich Ihnen einen ungewöhnliche Erkenntnisgewinne. Das CEPS Center for European Policy Studies hat mich daraufhin zur Teilnahme an seiner “Task Force on the New European Industrial Policy“ eingeladen.

Insgesamt habe ich mich über Ihr Positionspapier außerordentlich gefreut, und Sie dürfen mich mit meinen persönliche Einflussmöglichkeiten, auch wenn sie nur bescheiden sind, an Ihrer Seite wissen.

Mit freundlichen Grüßen

